

SPIEGEL Titel

Wende 82: „Strohfeuer von drei Monaten“

Der Sturz Helmut Schmidts hatte die große Wende bringen sollen – mit mehr Wachstum und weniger Arbeitslosen. Doch das von Kanzler Kohl vorgelegte

Koalitions-Programm mit Rezepten aus den fünfziger Jahren scheint ungeeignet, die Beschäftigungsnot und Haushaltsprobleme der achtziger zu lösen.

Als der große Tag, der des Kanzlersturzes, vorbei war, begann bei den Neuen im Kanzleramt die große Leere.

Ohne Konzept und ohne Detailkenntnis, ohne Alternativen und im Galopp mußten Helmut Kohl und die Seinen dem Staatsvolk mehr zu bieten versuchen, als die abgelöste Regierung des Kanzlers Helmut Schmidt geboten hatte. Sie mußten zeigen, alles besser zu können und eigentlich auch alles besser zu wissen als die gestürzte Koalition.

In einem großen Anlauf, einer geistig moralischen Erneuerung gar, hatte der neue Kanzler alle Schlacken 13jähriger SPD-Herrschaft wegräumen wollen. Die neue Koalition wollte die Wende vollziehen zu mehr Eigenvorsorge und mehr Opfersinn. Sie wollte den Staat zurückdrängen und die Familien fördern. Wollte Wirtschaft und Finanzen mit einem großen konzeptionellen Wurf sanieren und den Mißbrauch des Sozialsystems beenden. Sie wollte die Wende von der kollektiven zur individuellen, von der sozialistischen zur bürgerlichen, von der Anspruchs- zur Verantwortungsgesellschaft. Sie wollte einen neuen Beginn.

Aber von der Ministervereidigung bis zur Regierungserklärung, vom 4. bis zum 13. Oktober, blieben gerade acht Tage Zeit, die Wende zu erklären, die Haushaltspläne neu zu fassen und die versprochenen Beschäftigungsprogramme vorzulegen. Und genau diese acht Tage reichten, um aus dem Ende des Schlechten die Wende zum Schlechteren zu vollziehen.

„Wir schustern Gesetze zusammen, und wir werden einen beschissenen Haushalt verabschieden“, klagte der vom Wendemanöver seines Parteiführers Hans-Dietrich Genscher mitgezogene



Kanzler Kohl im Bundestag*: Umkehr in die fünfziger Jahre

* Während der Debatte zur Regierungserklärung am 13. Oktober 1982.



Finanzminister Stoltenberg, Unternehmer*: Kartell der Reichen und der Einflußreichen

ne FDP-Sozialpolitiker Hansheinrich Schmidt (Kempten). „Allmählich wird das zum Abenteuer.“

Stoltenberg, von Kohl als einzig kundiger Nothelfer in Finanzsachen an den Rhein geholt, konnte die in 13 Oppositionsjahren ausgebliebenen Alternativpläne der CDU/CSU nicht aus dem Stand heraus entwickeln. Was Stoltenberg an reformerischen Gedanken einbrachte, war daheim zu Kiel in aller Schnelle aufnotiert worden.

Stoltenberg notierte:

- ▷ Förderung der privaten Investitionskraft mit einer für Mitte 1983 geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer;
- ▷ Förderung des Wohnungsbaus, zum Teil aus einer Zwangsanleihe der Besserverdienenden;
- ▷ mehr Spielraum für öffentliche Investitionen.

Vorher aber müsse am Sozialetat, auch an Renten und Schülerförderung, gestrichen werden.

Rascher, als der Klare aus Kiel es sich vorstellen konnte, begannen die Dialoge im Kanzleramt jenen aus der Schmidt-Zeit gespenstisch zu ähneln, zu einem ewigen Gezeter um Etatkleinkram zu verkommen.

Der neue Verteidigungsminister Manfred Wörner etwa beschwor seinen Kanzler Helmut Kohl vergangenen Dienstag noch, in der Regierungserklärung unterzubringen, daß „Sicherheit nicht zum Nulltarif“ zu haben sei, der Verteidigungsaufwand also steigen müs-

se. Noch bevor Kanzler Kohl antworten konnte, beschied Gerhard Stoltenberg. „Kommt nicht in Frage“, Kohl akzeptierte.

Beharrlich mußte sich Stoltenberg, wie seine sozialdemokratischen Vorgänger auch, die fehlenden Milliarden vor allem aus den Etats für Verteidigung und Soziales holen. Und fehlen wird mehr, als die Neuen in Bonn geahnt haben.

Als Wirtschaftsminister im Kabinett Helmut Schmidts hatte Otto Graf Lambsdorff die Aussichten der Wirtschaft zunächst rosig gemalt, würden nur erst die Barrieren für Leistung, Marktwirtschaft und Investitionsentscheidungen fortgerissen.

Als Wirtschaftsminister des Kanzlers Helmut Kohl dagegen malt der Graf düstere Farben für 1983. Er und seine Propheten gehen jetzt von einer richtigen Stagnation aus. Sie kalkulieren 2,4 Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt ein und erwarten Lohnsteigerungen von nur 3,5 Prozent je Erwerbstätigen bei vier Prozent Inflationsrate.

Hineingeplatzt in die Koalitionsplanungen war kurz vorher das noch von Helmut Schmidt bestellte Sondergutachten der fünf Professoren des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. In diesem

Gutachten hatten die Weisen des Rats der Regierung mitgeteilt: „Eine durchgreifende Besserung der wirtschaftlichen Lage ist derzeit nicht abzusehen.“

Kaum zwei Wochen im Amt, ist die neue Regierung in Sachzwängen verstrickt, aus denen sie sich nicht lösen kann. Sie wird von einer weit ins nächste Jahr reichenden Weltwirtschaftskrise begleitet und von einem selbstgesetzten Wahltermin gehetzt, der sie fast schon wieder handlungsunfähig macht.

Gehetzt auch deshalb, weil ihr die übliche Hundert-Tage-Schonfrist nach einem Regierungswechsel nicht gewährt wird: einmal, weil Kohl nicht durch Wahlen, sondern durch ein konstruktives Mißtrauensvotum an die Macht kam; zum zweiten nicht, weil hundert Tage Schonfrist, wie der neue Regierungssprecher Diether Stolze vorlaut bemerkte, bei 144 Tagen Amtszeit von der Regierungserklärung bis zum 6. März „etwas viel“ seien.

Verheerend aber kann das angesteuerte Wahldatum noch aus einem anderen Grund werden: Kaum ein Unternehmer, der auf den Wechsel zur CDU/FDP-Koalition setzt, wird vor dem Wahltermin wirklich etwas unternehmen. Abwarten ist die neue Parole – das Gegenteil des von Kohl propagierten Aufbruchs.

Schlechte Zeiten also für einen saltohaften Wechsel ins Regierungsamt. Als Helmut Kohl am 1. Oktober gewählt worden war – hatte er da geahnt, was auf

* Auf dem Unternehmertag Ostwestfalen-Lippe in Bielefeld am 25. September 1982.

ihn zukommen würde? Er, der Generalist?

Da hatte er gesessen, ganz plötzlich, allein und in sich versunken auf jenem Stuhl der Regierungsbank, der Stunden vorher noch Helmut Schmidts gewesen war. Massig, riesig, dunkel und im Cut, der Antityp des Vorgängers, das Symbol der Wende.

Die Kanzler-Kür und die Schritte danach waren für den Kandidaten Kohl wie ein eingetübtes Stück gewesen: Zeitplan, Ministerliste und Kleiderordnung lagen fest, schon lange vor dem Ergebnis der Abstimmung. Wer zwanzig Jahre nur das eine Ziel aussitzt, Kanzler zu werden, der weiß, was er zelebrieren will, wenn es dann soweit ist.

Ein strahlender Kanzler wandelte durch die Räume, pfälzisch-barock unter hohen Lüstern und weitschweifig in seiner Rede. Aber ein Programm, wie es weitergehen sollte im Land, wie der personelle Wandel mit Inhalt zu füllen sei, ein solches Programm gab es nicht.

Kontinuität ohne sozialistische Schlag Schatten hieß es bei Kohl, Abkehr vom Sozialstaat bei denen, die sich durch ihn nun repräsentiert fühlen.

Helmut Kohl, der von Moral sprach und sich nicht, wie sein Vorgänger, auf Daten und Fakten einlassen wollte, setzte allein auf das Prinzip Hoffnung. Eine Sache anzupacken hieß, sie schon halb im Griff zu haben: die Staatsfinanzen, die Arbeitslosigkeit, die Investitions scheu, die Soziallasten und die Sache mit den Türken, die plötzlich keine Käufer deutscher Ware mehr sind, auch keine Mitarbeiter, sondern nur Mitbewerber um Arbeitsplätze.

Gewerbefleiß, Marktwirtschaft und unternehmerische Phantasie sollten wieder etwas gelten. Die Arbeitnehmer sollten – einstweilen – auf die Bewahrung des Besitzstandes verzichten. Und alle müßten nun mit anpacken.



Veba-Chef von Bennigsen-Foerder
Ausübungen in der CDU

Leerformeln alles – aber eine Wende?

Eine Wende jedenfalls zu mehr Bürgerlichkeit, schwarz und im Cut der Alten. Die Umkehr in Denkrichtungen, die mit dem gesellschaftlich Neuen nur begrenzt etwas anzufangen wissen. Die Rolle rückwärts in die Traumwelt der fünfziger Jahre, wo Werte der alten bürgerlichen Gesellschaft restauriert worden waren und wo es immer nur aufwärtsgegangen war – ohne Pause, und für alle.

Die Ideale einer neuen Gesellschaft dagegen, die weg wollte vom Elitedenken der Etablierten und der Besitzenden, die liberale Rechtspolitik und weniger Druck von oben wollte, sie werden von den neuen Regenten nicht mehr verteidigt, kaum noch respektiert.

Die Solidarhaltung von Besitzenden und Besitzlosen, von Arbeitslosen und Arbeitsbesitzern, schon von der alten Regierung angesichts zunehmender



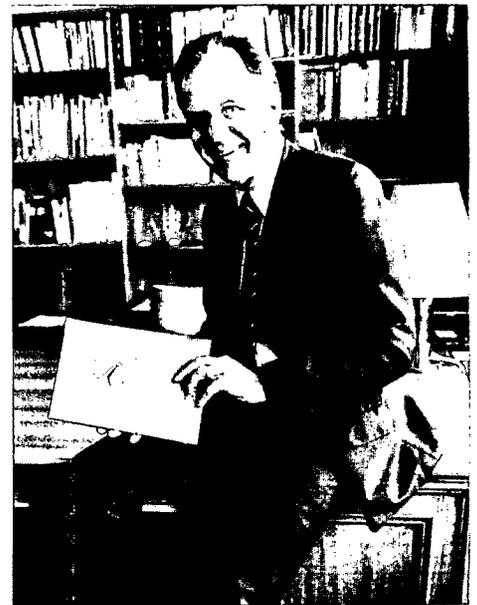
Flick-Gesellschafter von Brauchitsch
Pflichtübungen bei der SPD-Stiftung

Wirtschaftsprobleme immer weniger gefördert – diese gemeinschaftliche Haftung wird planvoll gelockert, scheint in ihrer Dichte für die Schwachen zu bequem und für die Starken zu teuer.

„Ellenbogengesellschaft“ hatte Ex-Kanzler Helmut Schmidt die Absichten seines Nachfolgers schon vorher abgekantelt: die Wende also zu den besonderen Interessen der Besitzenden?

Helmut Kohl, der freundliche Richtlinienkanzler, der keinen übers Ohr hauen will, als Galionsfigur der Produzentenklasse? Einer, der die alte Ordnung im Dorfe wiederherstellen wird? Die Ordnung nämlich, daß soziale Politik ein Abfallprodukt wirtschaftlicher Prosperität ist?

„Endlich ist es aus mit der Traumtänzererei“, freute sich ausgerechnet der Schmidt-Bewunderer Otto Wolff von



Daimler-Benz-Chef Prinz
Einübungen im CDU-Wirtschaftsrat

Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT). Denn „den Unternehmen“, hatte kurz zuvor noch eine DIHT-Befragung bei den Handelskammern zutage gefördert, „fehlt gegenwärtig Vertrauen in die Wirtschafts- und Finanzpolitik“.

Daß die „lähmende Orientierungslosigkeit“ endlich ein Ende habe, darüber freute sich auch Horst Backsmann, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie. Und bei aller „parteilichen Neutralität“, meinte Arbeitgeber-Präsident Otto Esser, sei „der Weg nun frei für einen neuen Anfang“.

Handwerks-Präsident Paul Schnitker schließlich rief seine Gefolgschaft aus dem Mittelstand zum Schulterschuß für „gemeinsame Anstrengung“.

Ob in Vorstandsetagen oder Handwerker-Kontoren, ob in Industrie, Gewerbe oder Handel, Kohls Prinzip Hoffnung hat bei den Unternehmern wenigstens in einer Hinsicht durchgeschlagen. Die Abteilungsleiter und Geschäftsführer, die Prokuristen und Vorstandsmitglieder, alle, die über den Gang der Wirtschaft zu befinden haben, wissen sich wieder im Konsens mit den Mächtigen in Bonn. Die Reichen und die Einflußreichen, sie stammen wieder aus dem gleichen Stall.

„Das marktwirtschaftliche Gedankengut“, erklärte Industrieverbands-Präsident und Brillenfabrikant Rolf Rodenstock („Rodenstock. Qualität vor Augen“) den Hintergrund der aufkommenden Seelen-Konjunktur, „ist bei den Unionsparteien wesentlich besser aufgehoben.“

Marktwirtschaft und Wirtschaftsliberalismus hatten nach dem Zweiten Weltkrieg gegen sozialistische Planwirtschaft einen triumphalen Sieg errungen. Das Mißtrauen in die späten Marktwirtschaftsbekennnisse der SPD ist allge-

genwärtig geblieben, obwohl SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller von 1966 bis 1972 ein besserer Präzeptor der liberalen Wirtschaft gewesen ist als die von mancherlei Interessengeflecht eingesponnenen Wirtschaftspolitiker der CDU.

Um Fakten ist es denn auch nicht so sehr gegangen, als es nun galt, die Koalition mitten in der Legislaturperiode zu sprengen. Die Inhalte des Lambsdorff-Papiers, wesentlich vom Düsseldorfer Industrieclub mitbestimmt, haben Kohl und Stoltenberg zumindest in der Koalitionsabsprache bei weitem nicht erfüllt. Die Wende schien wichtiger als ihr inhaltlicher Sinn.

Unter dem Kanzler Helmut Schmidt noch hatte sich Rolf Rodenstock „gegen jegliche Belastungen von Besserverdienenden“ aufgebäumt, weil dadurch „alles wieder totgeschlagen wird, was von öffentlichen Investitionen an positiven Effekten ausgehen könnte“. Unter Kanzler Helmut Kohl kann die Zwangsanleihe für Spitzenverdiener passieren.

Unter Helmut Schmidt war die Erhöhung der Mehrwertsteuer des Teufels und übrigens auch unsozial. Unter Helmut Kohl geht sie glatt durch.

„Wenn Vertrauen da ist“, präzisiert Hans Georg Willers, Chefmanager der Duisburger Industriellen-Gruppe Haniel, „dann ist das schon ein halbes Konjunkturprogramm.“

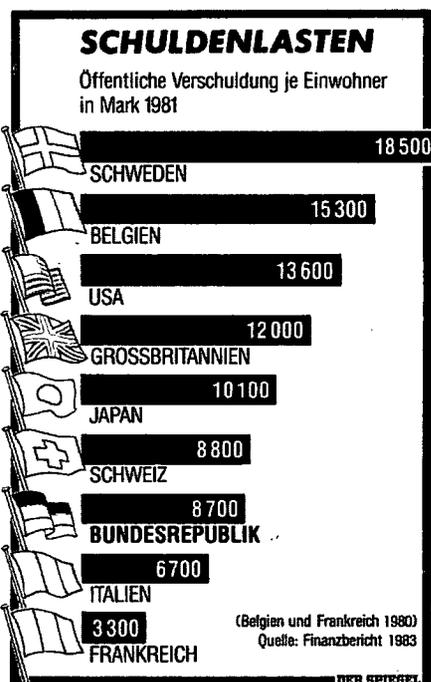
Und in Massen wandern sie alle, auch die Anpasser und die ehemals Schwankenden, zurück in die Hallen des CDU-Wirtschaftsrats, froh, sich nicht mehr auf Veranstaltungen der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung sehen lassen zu müssen.

Durchaus konservativ gesinnte Manager wie Altbankier Hermann Josef Abs, BMW-Chef Eberhard von Kuenheim, Krupp-Verwalter Berthold Beitz oder Flick-Gesellschafter Eberhard von Brauchitsch hatten sich, als sich die Dauerhaftigkeit der Bonner SPD-Regierung nicht mehr leugnen ließ, bei der SPD-nahen Stiftung zum Vortrag einspannen oder gar beim Präsidium auf dem Podium sehen lassen. Doch sie hatten es stets gequält getan, es gehörte sich eben so.

Die Reihen der Dienst-Mercedes vor den Veranstaltungshäusern des CDU-Wirtschaftsrats waren derweil immer lichter geworden. Aber schon beim nächsten Kaminabend des Rats, Ende Oktober, wenn Daimler-Benz-Chef Gerhard Prinz die Gastrede hält, werden sie alle wieder da sein.

So mancher, der vordem unter Kanzler Schmidt sein schwarzes Parteibuch verheimlicht hatte, kann sich nun wieder stolz dazu bekennen.

Flick-Gesellschafter von Brauchitsch etwa, der selbst unter Kollegen als Sympathisant der FDP gegolten hatte, steht seit vielen Jahren in der Mitgliedliste des CDU-Wirtschaftsrats. Der designierte Mannesmann-Chef Franz Josef Weisweiler, der zwar mit seiner rechten Gesinnung nie hinter dem Berg gehalten



hatte, ist längst CDU-Mitglied, doch kaum einer wußte es.

CDU-Leute auch sind Kaufhof-Vorstand Jens Odewald und Karstadt-Vorstand Theodor Althoff. Zur wiedereingesetzten Staatspartei gehören Daimler-Chef Gerhard Prinz, VW-Chef Carl Hahn, RWE-Vorstandsvorsitzender Franz Joseph Spalthoff und Veba-Chef Rudolf von Bennigsen-Foerder.

Daß die Röhrengeschäfte von Mannesmann mit den Sowjets weitergehen, ist ebenso klar wie der Druck auf die Regierung, das festgelaufene Kernkraft-Programm flottzubekommen.

Auf die segensreichen Wirkungen eines Machtwechsels in Bonn setzte nicht allein die schon immer eher den Christdemokraten zugeneigte Manager-Elite. Auch viele unter den Wirtschafts-Professoren, denen zu den Übeln der Gegenwart so gar nichts einfällt, setzen ihre Hoffnung auf den Schwung, den die Neuen bringen sollen. Pharma-Fabrikant Wolfgang Schwarzhaupt ergänzt kühl: „Man wechselt den Trainer und hofft auf eine psychologische Wende.“ Denn, verzweifelte Einsicht, auf das Klima komme es an. Die Wende also, war sie fällig?

Das Klima zumindest war von den Unternehmern längst nicht mehr für gut befunden worden. Ihre Volkswirte im Kölner Institut der deutschen Wirtschaft hatten eine mehrfache Umverteilung wirtschaftlicher Geldströme festgestellt, die sie voll benachteiligte.

Seit die SPD/FDP-Koalition an der Reihe war, sei

▷ im privaten Gewerbe die Lohnquote von 67,8 auf 73,6 Prozent gestiegen, die Gewinnquote von 10,3 auf 6,0 Prozent gesunken;

▷ im Staatsbudget die Verbrauchsausgaben von 41,9 auf 43,4 Prozent gestiegen, der Investitionsaufwand da-

gegen sei von 11,6 auf 7,9 Prozent gesunken;

▷ der Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt von 38,0 auf 48,4 Prozent, der Anteil der Sozialausgaben von 25,7 auf 32,0 Prozent gestiegen.

Daraus habe sich eine Minderung der gesamtwirtschaftlichen Investitionen von 25,6 auf 22,8 Prozent des Bruttosozialprodukts ergeben.

Eine solche Umverteilung, in der Tat, ist beachtlich. Sie ist nur möglich gewesen in einer Wachstumsperiode, wo prozentuale Umverteilung zur einen Gruppe nicht gleichzeitig mit einem absoluten Minus bei der anderen verbunden war; wo es noch Zusätzliches zu verteilen gab und keiner etwas herausrücken mußte.

Aber schon prozentuale Umverteilung schmälert die Gewinnerwartungen der Unternehmensführer und befügelt ihren Mut zum Risiko nicht. Da Investitionen das Rückgrat wirtschaftlicher Vorwärtentwicklung sind, wirkt zunehmende Investitionsscheu bedrohlich. Da gesellschaftliche Umstände hinter dieser Wandlung stehen, sind die Rufe nach einer sozialökonomischen Wende nicht von vornherein absurd gewesen.

Absurd allerdings ist in allen Gruppen das Ausmaß der Faktenverdrängung geworden. Denn was die Schwierigkeiten der Gegenwart ausmacht, sind nicht böartige Umverteilungsstrategien der Linken oder unternehmerische Indolenz. Es ist die dramatische Anpassungskrise der großen Industrieländer an kleinere Wachstumsraten.

Keine Regierung der Welt, ob konservativ, liberal oder sozialistisch, blieb davon verschont. In allen Industrieländern, Japan eingeschlossen, gehen die Wachs-



tumsraten gegen Null, sobald eine bestimmte Höhe von Produktion und Verbrauch erreicht ist.

Aber kaum eine Regierung oder eine Partei will sich zu der säkularen Ursache des Geschehens bekennen. Selbst ihre Berater, die wirtschaftswissenschaftlichen Forscher in aller Welt, erweisen sich als große Verdränger.

Immer noch und immer wieder wollen Professoren und Instituts-Wissenschaftler die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern durch sogenannte aktive Wachstumspolitik austreiben: erst Investitionen, dann Konjunkturaufschwung und schließlich Vollbeschäftigung.

Die geltende Praxis der Wirtschaft und teilweise auch der Wirtschaftspolitik, kritisiert Hans-Jürgen Krupp, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), basiere weithin noch „auf einer Theorie von vor dreißig Jahren“ – aus einer Zeit heißen Wachstums und uferlos wachsender Märkte.

Linke wie rechte Regierungen folgen mangels besserer Modelle dem von der Wissenschaft für allgemeinverbindlich erklärten Wachstumsbluff willig und flüchten damit in reinen Aktionismus. Die mehr linken entwickeln emsig Arbeitsbeschaffungsprogramme, die mehr rechten treiben Investitionsförderung, verbunden mit dem Hinauswurf lästigen sozialstaatlichen Ballasts.

Finanzminister Gerhard Stoltenberg, ganz auf dieser Linie, erklärte dem deutschen Fernsehvolk unlängst über den Löwenthal-Kanal im ZDF, steuerliche Vorteile für die Unternehmen würden die Wirtschaft wieder umdrehen, weil sie dies 1952, zu Ludwig Erhards Zeiten, auch getan hätten.

Aber woher soll Wachstum noch kommen? Die wirtschaftswissenschaftlichen Institute meinen damit ja nicht hier und da mal ein Prozent Zuwachs des Brutto-sozialprodukts. Um Vollbeschäftigung zu erreichen, müßte Westdeutschlands Wirtschaft Jahr für Jahr um sechs Prozent wachsen. Es geht ihnen also darum, den alten, liebgewordenen Trend des hochprozentigen Dauerwachstums zurückzuholen, ohne den ihre Theorien nicht mehr aufgehen.

Der Geschäftsfreund Trend aber ist seit 1978 weg, und er kehrt nicht wieder. Die Gründe dafür sind ganz simpel. Zumindest der vom Arbeitsplatzrisiko

betroffene kleine Mann versteht sie sofort. Er nämlich kann das Ende des wilden Wachstums im eigenen Haushalt ablesen: Dort finden sich Kühlschrank, Waschmaschine, Automobil, Küchenmaschinen, Farbfernsehapparat, alles schön nacheinander angeschafft. Jeder einzelne Gegenstand steht für jeweils einen neuen Wachstumsschub der Volkswirtschaft, dem regelmäßig der nächste gefolgt war.

Aber seit einigen Jahren sieht der kleine Mann auf dem Konsumgütermarkt nicht mehr viel Neues, was er unbedingt kaufen müßte.

Die großen Märkte der Konsumgüter, folgt daraus, sind gesättigt, und attraktives Neues gibt es kaum. Aus einer Gesellschaft der steten Neuanschaffung ist

ken in einigen Industrieländern schon wieder.

Zunehmende Marktsättigung und das Ende der billigen Energie, die stets als Wachstumsdroge gewirkt hatte, waren in den siebziger Jahren aufeinandergetroffen. Zwei wesentliche Daten für die wirtschaftliche Entwicklung wurden dadurch fundamental verändert. Wirtschaftliche Expansion konnte in solcher Lage allenfalls durch wachsende Bevölkerung, große Exportgeschäfte oder dramatische technische Durchbrüche, auch Innovationen genannt, geschehen.

Seit der Flüchtlingsstrom verebbt und der Babyboom vorbei ist, seit auch die Gastarbeiter nicht mehr in Scharen zuwandern, seither wächst die Bevölkerung nicht mehr wie früher, und beson-



Motorisierung in der Bundesrepublik*: Die Märkte sind verstopft

eine des Ersatzbedarfs geworden, aus Dynamik wurde Stagnation.

BMW-Chef von Kuenheim sagte, was seine Kollegen sonst so gern verschweigen: Der entscheidende Teil des Autoabsatzes sei inzwischen Ersatzbeschaffung. Damit sind Autokäufe verschiebbar, die Konjunktur ist im Grunde nicht mehr berechenbar.

Die Neigung zu Stagnation und Kaufenthaltung versteifte sich noch durch den seit 1973 auf das Mehrfache gestiegenen Energiepreis. Ein Teil der sonst am Binnenmarkt wirkenden Kaufkraft floß in nahöstliche Öl-Länder ab.

In den meisten Haushalten ist ein zunehmender Teil des Etats durch steigende Energiekosten blockiert, denen keine steigenden Einnahmen mehr gegenüberstehen. Ganz im Gegenteil: Die Realeinkommen der Arbeitnehmer sin-

* Feierabendverkehr in Hamburg.

ders der einkommensstärkere Teil schrumpft. Entsprechend geht daheim der Absatz zurück.

Ein tiefer Fall des Mark-Kurses sorgte 1981 zwar noch einmal für einen kräftigen Exportboom. Deutsche Waren wurden durch die billige Mark draußen überaus preisgünstig. Aber die weltweite Flaute, wie die Zahlungsnot vieler Länder der Dritten Welt und des Ostblocks, lassen nun auch die Aufträge aus dem Ausland schrumpfen.

In Industriezweigen wie der Autoproduktion hat der Exportanteil ungesunde 60 Prozent erreicht. In anderen ist das Exportgeschäft auf Sand gebaut: auf die Bestellungen der Opec-Länder, die inzwischen zurückgegangen sind.

Die großen Innovationen schließlich gibt es allenfalls in der Mikroelektronik. Sie wiederum bringt zwar moderne



Protestmarsch in Gladbeck: Weniger Arbeitsplätze . . .

Technik, doch sie vernichtet Arbeitsplätze. Ohne neue Märkte, ohne neue Verbraucherkaufkraft und ohne Innovationen aber laufen auch keine jobschaffenden Investitionen.

So weit geht die Zuneigung der Unternehmer zur neuen Regierung nicht, daß sie sinnlos investieren würden. Gegenwärtig ist immerhin ein Viertel der Fertigungskapazitäten in Deutschland unausgenutzt. Wer investieren will, der steckt sein Geld nicht in neue Produktionsstraßen; er gibt Geld aus, um mit besseren Maschinen seine Produktion zu verbilligen. Das schafft keine Arbeitsplätze, sondern schafft welche weg.

Ähnlich steht es beim Staat. Die klassischen Investitionen in Schulen, Krankenhäuser und Verkehrswege sind vollzogen. Zusätzliche Einrichtungen über den Bedarf hinaus können zwar für den Augenblick Arbeit schaffen, verursachen aber bis in alle Ewigkeit sinnlose Unterhaltskosten, die aus dem ordentlichen Staatshaushalt zu decken sind.

Zweifel sind deshalb erlaubt, ob es irgendwo in der industriellen Welt noch jene Wachstumsreserven gibt, die von

* Morgens nach Öffnung des Arbeitsamts vor der Tür des Vermittlers.

Professoren und Politikern in einem styxhaften Dunkel vermutet werden.

Zweifel sind deshalb auch erlaubt, ob die klassischen Konjunkturzyklen, die stets etwas mit Innovationen und neuen Märkten zu tun hatten, in so ausgeprägter Form noch durchschlagen. Die Verhältnisse, auf die sich Kohl und Stoltenberg berufen, die gibt es nicht mehr.

Zu Ludwig Erhards Zeiten hatte es eine hitzige Übernachfrage für Konsumartikel gegeben und zu wenig Fabrikhallen, in denen die Waren gefertigt werden konnten. Ein Investitionsprogramm mußte erfolgreich sein.

Zu Kohls und Stoltenbergs Zeiten gibt es leerstehende Fertigungshallen und einen deprimierenden Nachfragemangel an den Märkten. Ein Investitionsprogramm kann nur erfolgreich sein.

Nicht Kohl und nicht Stoltenberg, nicht die Industriepatrone und schon gar nicht die Professoren können zurückholen, was vor 30 Jahren unter Ludwig Erhard war. Kein Kanzler Schmidt und kein Finanzminister Manfred Lahnstein hätten schaffen können, was 15 Jahre zuvor noch der Parteifreund Karl Schiller erreicht hatte. Die Konservativen bringen kein Wirtschaftswunder, die Sozialisten keinen Aufschwung nach Maß.

Aber CDU/CSU und FDP tun so, als ob die goldenen Fünfziger und Sechziger wiederholbar seien.

Um den Haushalt zu sanieren, planen sie den Abschwung nach Maß, dem der Aufschwung logisch folgen müsse. Doch durch Etatkürzungen, verringertes Kindergeld, eingefrorene Beamtgehälter und Renten, höhere Mehrwertsteuer und eine Zwangsanleihe für Besserverdienende mindern sie die Massenkauf-



. . . oder kürzere Arbeitszeit: Arbeitslose in Dortmund*

kraft derart, daß der geplante Abschwung außer Kontrolle geraten kann.

Das Programm der Konservativen liegt damit gefährlich zwischen den Notverordnungen des verbiesterten Reichskanzlers Heinrich Brüning 1931 und dem Aufbruchprogramm des frohsinnigen US-Präsidenten Ronald Reagan. Beide Beispiele warnen.

Brüning hatte, um den Haushalt ausgleichen zu können, Steuererhöhungen und Lohnschnitte beschlossen. Die Folge waren sechs Millionen Arbeitslose, eine Krise des Bankensystems und schließlich Hitler.

Auf 2,5 Millionen Arbeitslose können Kohl und Stoltenberg selbst ohne ihre Fiskalschocker bis zum anvisierten Wahltermin am 6. März noch kommen. „Man kann eine Volkswirtschaft auch kaputtsparen“, hatte Helmut Schmidt, als er noch Kanzler war, schon gewarnt.

Ronald Reagan in Amerika wollte raffinierter vorgehen. Er wollte auf den durch Vietnam, Iran und Dollarverfall demolierten Pioniergeist der Amerikaner setzen und die sogenannte angebotsorientierte Wirtschaftspolitik anwenden.

Reagans Angebotsökonomien hatten die Einkommensteuer um 25 Prozent gesenkt und die Sozialausgaben stark zusammengestrichen. Die von der Steuersenkung begünstigte Mittelklasse, so hofften sie, würde nun genügend Geld in die Wirtschaft pumpen. Neue Arbeitsplätze müßten entstehen, der unvermeidliche Aufschwung würde über zusätzliche Steuern die Staatskassen wieder füllen.

Die Etat- und die Sozialprobleme, so erzählte Reagan den Amerikanern, würden sich auf solche Art von selbst lösen. Spätestens nach zwei Jahren – ähnlich wie es jetzt Kohl verspricht – würde der Wirtschaftsmotor wieder brummen.

Das Ergebnis der angebotsorientierten Politik aber sind nach anderthalb Jahren 11,3 Millionen Arbeitslose – 10,1 Prozent der Arbeitswilligen. So viele gab es in den USA seit 1940 nicht mehr.

Dazu kommen: gehäufte Pleiten, vor allem mittlerer und kleinerer Unternehmen, und ein gewaltiger Rückgang der Massenkaukraft, weil die Überstunden und die Sozialrenten fehlen. Die Staatskasse weist ein 100-Milliarden-Dollar-Loch auf, obwohl Reagan inzwischen andere Steuerarten drastisch erhöht hat.



ETWA WELCH ICH EIN SAUBERER NEUT
 WENN MAN DIE ERGEBNISSE DER WIRTSCHAFT

Wirtschaftswunder-Mann Erhard*
 Nachfrage entfesselt

Millionen Arbeitslose zusteuert – gut 14 Prozent der Beschäftigten.

Wirtschaftspolitik neuer Bonner und alter Washingtoner Art mindert zwar die Inflationsraten und bessert die Staatsfinanzen. Indessen ist noch nirgends bewiesen, daß sich unter den Bedingungen der 80er Jahre auf diese Voraussetzungen auch wieder markanter wirtschaftlicher Zuwachs bauen läßt. Die Aussichten sind eher deprimierend.

Die Arbeitslosen werden vorerst bleiben, zumal geburtenstarke Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt nachrücken. Denn rationalisiert wird weiter, die neuen Roboter und die anderen elektronischen Apparate sind reichlich und billig am Markt, ihr Rationalisierungseffekt ist wegen ihrer fast unbegrenzten Möglichkeiten kaum noch berechenbar.

Die westlichen Gesellschaften drohen dadurch in einen Zustand zu gleiten, den der britische Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes in den dreißiger Jahren als Gleichgewichtszustand in der



Baufieber in Westdeutschland 1952: Investitionen begünstigt

Nur die Inflationsrate sackte in den USA von 12,4 auf 5,1 Prozent ab. Amerikas Notenbankpräsident Paul A. Volcker hatte das durch die konjunkturhemmende Waffe höchster Zinsen geschafft. Und vor allem weitere Zinssenkungen werden es sein, durch die Amerikas Wirtschaft aus ihrer Depression herauskommen könnte.

Als Dritte im Bunde empfahl sich Britanniens Eiserne Lady Margaret Thatcher, die mit ihrer rabiat rechten Wirtschaftspolitik inzwischen auf 3,5

Unterbeschäftigung erklärt hat. Das heißt, diese Gesellschaften spalten sich sauber in zwei getrennte wirtschaftliche Kreislaufsysteme.

In dem einen lebt die schrumpfende Gruppe der Beschäftigten, als wäre nichts geschehen. Sie lebt vielleicht sogar immer besser. In dem anderen System lebt die wachsende Gruppe der Arbeitslosen, die sich eigene Lebensformen schaffen muß und sich vom Üblichen immer weiter entfernt.

Denn je mehr Arbeitslose es gibt, so gebietet es die neue Vernunft, um so schlechter sind sie gefälligst zu bezahlen;

* SPIEGEL-Titel 6/1949.

wirtschaftlicher Druck, muß der Bürger nun lernen, sei notwendig, damit das Sozialsystem nicht mißbraucht werde.

Natürlich kann wirtschaftlicher Druck dazu führen, daß Arbeitslose sich auch außerhalb ihrer angestammten Berufe verdingen und der Arbeitsmarkt dadurch flexibler wird. Druck dieser Art beseitigt aber nicht die Ursachen der Arbeitslosigkeit. Er wirkt allenfalls als Strafaktion gegen Arbeitsunwillige, deren Anteil auf gerade zehn Prozent der Arbeitslosen veranschlagt wird. Der politische Gegendruck aus solcherart römischer

kürzung, aktive Investitionspolitik und den Ausbau von Kernkraft. Keines dieser Ziele aber wird den Arbeitsmarkt sanieren, alle zusammen sind längst kein Konzept.

Staatsschulden, oft verdammt, sind keineswegs prinzipiell verwerflich, solange sich der Schuldenzuwachs in den Grenzen der Teuerungsrate und des wirtschaftlichen Wachstums hält. Westdeutschlands Verschuldung, obwohl von der CDU/CSU für katastrophal erklärt, ist im internationalen Vergleich der Industrieländer durchschnittlich.

kungsspielraum für öffentliche Investitionen weiter gefährlich einengen. Jede Rückzahlung an Schulden über die Neuverschuldung plus Inflations- und Wachstumsrate hinaus hemmt die Konjunktur.

Finanzminister Stoltenberg wird mithin weder die Chance noch die Notwendigkeit eines Schuldenabbaus sehen, verheddert sich dabei aber zwangsläufig in seinen eigenen Propagandafällen, die er vor dem Schmidt-Sturz ausgelegt hatte.

Die Wende in der Schuldenwirtschaft war in dem konjunkturell möglichen Ausmaß schon von Finanzminister Lahnstein eingeleitet worden. Sie ist keine Wende à la Kohl.

Eine echte Wende indes wollen die neuen Regenten in der Energiepolitik einleiten, wobei sie dem Volk seit langem vorgaukeln, der Aufbau von neuen Kraftwerkskapazitäten schaffe Arbeitsplätze. Aber gerade beim Ausbau der Nuklearwirtschaft fällt, wie vor allem der amerikanische Harvard Energie-Report 1979 nachgewiesen hat, die Arbeitsplatzrechnung gegenüber anderen Konzepten negativ aus.

Zwar behauptet Klaus Barthelt, Chef der Kraftwerksfabrik KWU (Kraftwerk Union), auf den Schlag 44 000 direkte und indirekte Arbeitsplätze schaffen zu können, wenn nur die bislang von Verwaltungsverfahren oder von Politikern gestoppten Kernkraftwerke gebaut würden. Aber die Elektroversorgungsunternehmen, berichtete kürzlich sogar die konservative „Wirtschaftswoche“, liegen mit ihren Kraftwerksinvestitionen „im Plan“, einen Investitionsstau gebe es bei den Stromproduzenten gar nicht.

Von den etwa 60 Milliarden Mark Investitionsmitteln, die dank administrativer Verzögerungen gegenwärtig unge-

Spar-Kanzler Brüning 1930: Löhne abwärts, Steuern hoch

Proles aber kann rasch in die Stätten gesitteter Bürgerlichkeit geraten. Je nach Temperamentslage wird die Proles dort dann als Subkultur oder schlicht als kriminell ausgemacht. Die Verweigerungstechniken aus diesen Gruppen werden wohl manches übertreffen, was Grüne und Alternative bisher vorgeführt haben.

Die intakte Integrationskraft der Gesellschaft, bislang eine Garantie für Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit der deutschen Güterproduktion, wird durch rabiate Sozialpolitik schrittweise außer Kraft gesetzt. Bislang noch beruhte die Stärke der westdeutschen Industriegesellschaft nicht zuletzt darauf, daß schwache soziale Gruppen einbezogen statt abgestoßen wurden.

Kohls und Stoltenbergs Spielraum, gemessen an ihren eigenen Versprechungen, ist gering. Die neuen Hoffnungsmacher haben sich allzusehr festgelegt auf den Abbau der Staatsverschuldung, die Etatsanierung auf Kosten der Schwachen, die Ablehnung der Arbeitszeitver-

Aufregend war nur der rasche Zuwachs von einem sehr niedrigen Niveau aus. Dieser gewaltige Schuldenzuwachs hatte 1976 zu neuem Konjunkturfieber führen sollen, aber kaum mehr als die Rettung des Landes vor einer richtigen Rezession gebracht. Die Mittel sind verpufft, die Rezession, in Wahrheit eine Anpassungskrise, wurde lediglich auf die achtziger Jahre verschoben.

Staatsschulden als Konjunkturzünder im großen Stil sind seitdem wegen erwiesener Erfolglosigkeit aus der Mode. Der Abbau von Staatsschulden dagegen würde den Bewe-



Essenausgabe für Arbeitslose 1931: Sechs Millionen Menschen

nutzt festliegen sollen, entfallen 30 Milliarden allein auf Kernkraftwerke. Aber die meisten von ihnen bedeuten nur Ersatz für alte Kraftwerke. Sie wären damit Teil des Ersatzbedarfs und bringen folglich kaum neue Dauerarbeitsplätze.

Wer soll denn auch, bei insgesamt sinkendem Energiebedarf, den vielen zusätzlichen Strom kaufen?

Dagegen beengt die Konzentration der Energiepolitik auf die Nuklearwirtschaft, den Schnellen Brüter eingeschlossen, viele Möglichkeiten der Regierung, mit steuerlichen Mitteln Impulse zum Energiesparen und zum rationellen Energieeinsatz zu geben.

Nordrhein-Westfalens CDU-Vorsitzender Kurt Biedenkopf, dessen kundiger Rat bei Bundeskanzler Helmut Kohl kaum noch gefragt ist, hatte dazu bereits vor Jahren in seinem Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik einen „Investitionsstau auf der Nachfrageseite“ ausgemacht: Hunderttausende privater Hausbesitzer warteten nur darauf, vom Staat Rahmenbedingungen und Zielvorgaben für Energie-Investitionen im oder am eigenen Heim zu bekommen.

Investitionen dieser Art – Wärmedämmung, sparsamere Heizungsanlagen – lassen sich rasch mit den Bemühungen des Kohl-Kabinetts verbinden, den Wohnungsbau aus seiner Depression herauszuholen, und wären deshalb sofort konjunkturwirksam. Auch die voraussichtlich weiter sinkenden Zinsen – einzige Chance der Regierung, die Konjunktur nachhaltig zu fördern – würden an dieser Stelle am schnellsten wirken.

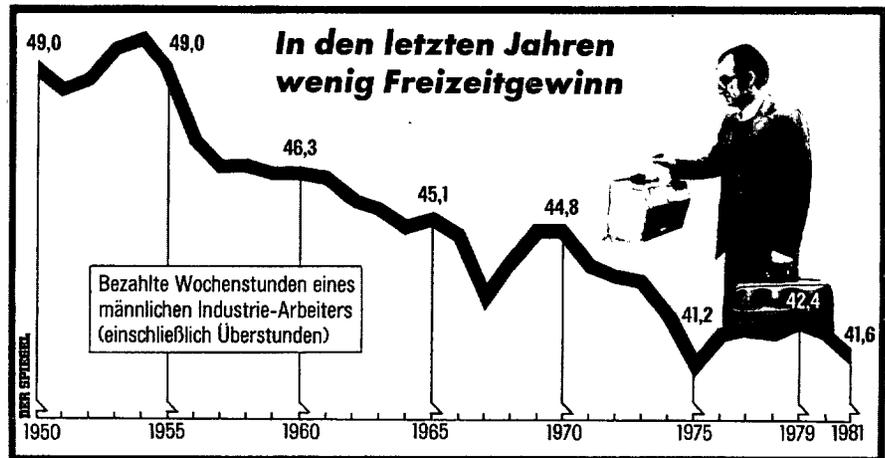
Schon der frühere SPD-Finanzminister Hans Matthöfer hatte seiner Partei ein solches Programm vorgeschlagen, in Regierungspolitik wurde es nicht umgesetzt. Es gilt unter unabhängigen Fach-

leuten als idealer Konjunkturzünder, weil es schnell wirkt, vorwiegend das mittlere Gewerbe erfaßt, das Geld im Lande läßt und unmittelbar Arbeitsplätze schafft.

Verbunden noch mit dem Ausbau von Fernwärmenetzen würde ein solches Energiespar-Programm überdies eine dauerhafte Entlastung der Leistungsbilanz bringen, weil es die Öl- und Gaseinfuhren begrenzt. Kohls Kabinett aber hält sich zunächst lieber an die von den

sammengeschriebenen Koalitionspapier wie in der Regierungserklärung. Statt dessen fanden es Kohl und Stoltenberg gut, für die Übernahme finanzschwacher Unternehmen Steuerermäßigungen zu geben – ein fiskalischer Impuls, der nicht das mittlere Gewerbe, sondern die Konzentration fördert.

So wird denn Kanzler Kohl, guten Willens vielleicht, aber nicht eben sachkundig, von seiner Industrieklientel, von seinen eigenen Versprechungen, vor al-



Großunternehmen verbreiteten Investitionsstau-Märchen. Damit begünstigt das Kabinett Kohl vorwiegend Unternehmen, die den Arbeitsmarkt weit weniger entlasten als das mittlere Gewerbe, das es in jedem kleinen Dorf gibt.

Auch sonst haben die CDU-Strategen nicht viel getan, ihrer Hauptstütze, dem gewerblichen Mittelstand, zu helfen.

So übersahen sie ein Papier, das ihr eigener Bundesfachausschuß Steuerpolitik unter Vorsitz des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministers Jürgen Westphal gefertigt hat und das der Entlastung mittlerer Unternehmen dienen sollte.

Das Westphal-Papier wollte besonders die gewinnschwächeren Unternehmen von kapitalverzehrenden Steuerarten befreien. Dazu zählen, von Westphal und Kollegen völlig richtig gesehen, die Gewerbesteuer und Teile der Gewerbeertragsteuer, aber auch die Kapitalverkehrssteuer, durch die unternehmerische Eigenfinanzierung sich unangemessen verteuert.

Westphal, immerhin Minister in Stoltenbergs Kieler Kabinett, suchte seine beachtenswerten Vorschläge vergeblich im eilig zu-

lem aber von den Umständen in eine Wende nach unten getrieben:

- ▷ Das an die gescheiterte Politik des Reichskanzlers Heinrich Brüning erinnernde Fiskalkonzept der Koalition führt zunächst in eine noch schlimmere Rezession hinein und verlängert den angestrebten Heilungsprozeß;
- ▷ die von der neuen Regierung beabsichtigten Investitionsimpulse schaffen – den Wohnungsbau ausgenommen – keine neuen Arbeitsplätze, sondern vernichten vorhandene;
- ▷ die von der neuen Koalition ausgehende Bevorzugung speziell der Großunternehmen verhindert eine breit angelegte Beschäftigungspolitik im mittleren Gewerbe;
- ▷ der beabsichtigte Lohn-, Renten- und Gehaltsstopp mindert die Massenkaukraft übermäßig, weil gerade auf Konsumausgaben angewiesene Gruppen davon betroffen sind;
- ▷ die von allgemeinen Investitionsimpulsen erwartete konjunkturelle Zündkraft kann nur mäßig sein, weil die Märkte gesättigt sind, die Bevölkerung nur noch wenig wächst und attraktivere neue Waren kaum angeboten werden.

Bleibe noch die vom neuen Postminister Christian Schwarz-Schilling angekündigte Verkabelung der Republik, auf die Kohl und seine Mannschaft einige Hoffnung setzen. Obwohl auch dieses Vier-Milliarden-Programm sich über Jahre dehnen wird, mag es die allgemeine Abwärtsdrift bremsen: Schwarz-Schilling rechnet vor, 80 000 bis 100 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. In der zweiten Stufe aber, wenn die darangehängten



neu auf der Straße

neuen Datenabruf- und Informationstechniken auch in das mittlere Gewerbe einsickern, wenn noch mehr Schreibstufen-Jobs weg-elektronisiert werden – dann bringt das Schwarz-Schilling-Konzept vermutlich so hohe Rationalisierungseffekte, daß anderswo Arbeitsplätze massenhaft verschwinden.

Deshalb müssen sich Kohl und die Seinen, koste es sie auch Überwindung, von der mittelbaren zur unmittelbaren Arbeitsmarktpolitik durchringen.

Kohl selbst, die Töne der Arbeitgeber im Ohr, lehnt eine Arbeitszeitverkürzung anfangs noch kategorisch ab. Doch vielleicht erinnert sich sein Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm gelegentlich an jene Erkenntnisse, die er für einen SPIEGEL-Essay (3/1977) zu Papier brachte.

manipuliert. Er ist schlichtweg seiner Marktfunktion entkleidet. Das Angebot an Arbeitskraft übersteigt in sämtlichen westlichen Industrieländern die Nachfrage bei weitem. Der Markt ist, im Ökonomen-Deutsch, aus dem Gleichgewicht.

Statt auf Wachstumswunder, auf die Bundespost, Zinssenkungen in den USA und auf die Weltkonjunktur zu warten, empfiehlt es sich deshalb, den Arbeitsmarkt nach den gegenwärtigen Umständen von Angebot und Nachfrage in Ordnung zu bringen: Entweder der Stundenpreis für die Arbeitsleistung muß bei gleichbleibender Arbeitszeit sinken oder die Arbeitszeit bei gleichbleibendem Stundenpreis. Anders ist das Problem einer dauerhaften Arbeitslosigkeit um die zehn Prozent nicht zu lösen.

Für die Bundesregierung ist dies nicht ohne die Sozialpartner möglich. Gegen

den Rentenstopp und der Forderung des Arbeitsministers Blüm nach einem Lohnstopp versuchen.

Zur Überraschung der neuen Regierung lief sie mit Blüms Forderung nicht nur bei den Gewerkschaftern, sondern auch bei den Arbeitgebern auf. Beide verwahrten sich gegen Eingriffe in die Tarifhoheit der Sozialpartner.

Industrieverbandspräsident Rodenstock, dem Blüms Vorschlag eigentlich gefallen müßte, lehnte die Idee noch aus einem anderen Grund ab: Die Konjunktur werde durch noch mehr Kaufkraftentzug vollends abgewürgt.

Noch improvisierter, noch zusammenhangloser, noch ratloser als die Rezepte der abgetretenen Regenten wirkte all das, was die neuen in den letzten Wochen aufboten. Der unaufhaltsame Anstieg der Arbeitslosigkeit diente Christ- und Freidemokraten als Rechtfertigung für den Sturz der alten Regierung. Doch ein schlüssiges Konzept dafür haben sie nicht parat.

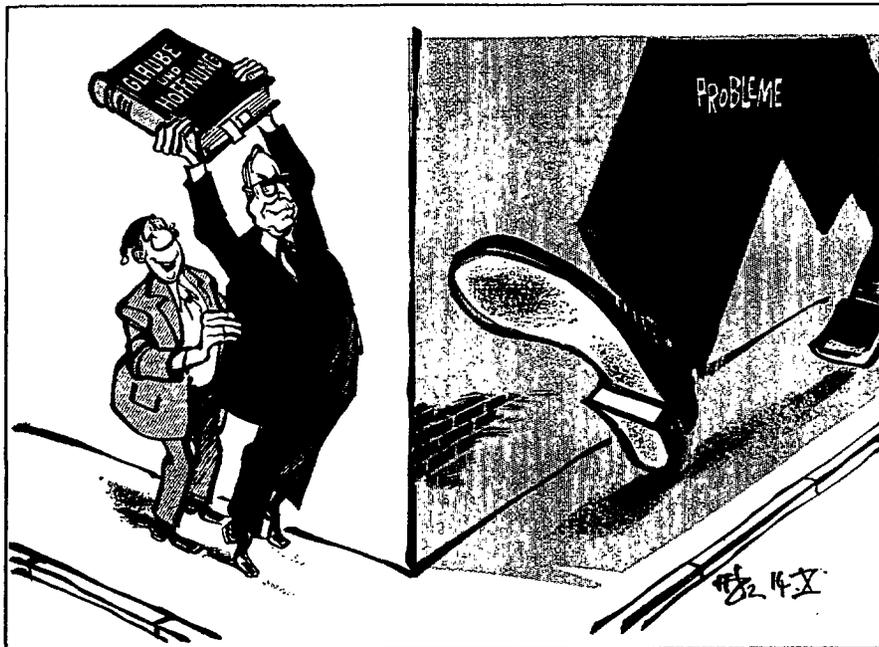
Daran, gewiß, mangelt es allenthalben. „Die neuen Arbeitsmarkttheorien“, gibt der Berliner Ökonomie-Professor Christof Helberger zu, „können keine Erklärung für den Gesamtumfang der Arbeitslosigkeit geben.“ Und damit auch keine perfekte Schuldzuweisung an irgendeine politische Adresse.

Die Erblast, über die Kohl und Stoltenberg zu Recht klagen, ist die Last einer säkularen Anpassungskrise. Wende-Kanzler Kohl steht damit vor einer Lage, die niemand so recht verschuldet hat und für die es keine konventionellen Handlungsanweisungen gibt. Das Prinzip Hoffnung, auf das zumindest die Unternehmerkaste anfangs so freudig reagierte, es wird so lange nicht wahren.

Schon leidet Kohls Regierung unter dem Ruh, auf der „Übergangsbank“ zu sitzen, wie Oppositionsführer Horst Ehmke die Neuen verspottet. Schon stockt der große Anlauf zur Wende, weil im März 1983 Neuwahlen drohen, deren Ausgang ungewiß ist.

Vielen Unternehmern gilt nun das März-Datum vor allem deshalb als Investitionsbremse, weil sie eine handlungsunfähige Regierung fürchten, die von einer Gruppe Grüner abhängig ist. Und schon fürchten selbst Wohlwollende, daß der Druck von zwei bis drei Millionen Arbeitslosen sämtliche Stufenpläne der neuen Koalition umwerfen könnte. Auch Stoltenberg müßte sich von Nachtrags- zu Nachtragshaushalt hangeln, aus klaren Konzepten würde wieder das alte Durchwursteln.

Daniel Goeudevert, französischer Chef der Kölner Ford-Werke und dem Industrie-Patronat noch nicht so nahe gerückt, hat die geheime Skepsis der Wirtschaftsherren schon frühzeitig formuliert: „Wir stecken in der größten Krise seit der Depression von 1930. Die Wende in Bonn entfacht vielleicht ein Strohfeuer von drei Monaten, dann ist alles wieder beim alten.“



„Mensch, Helmut, wie energisch du das anpackst“

tz, München

„Wer allein auf Wachstum seine Hoffnungen setzt“, schrieb der Bundestagsabgeordnete Blüm damals, „dem werden arbeitsmarktpolitische Enttäuschungen nicht erspart bleiben.“

Die Schlußfolgerung des Christdemokraten, den damals noch keine Kabinettsdisziplin zur Anpassung zwang: „Wenn trotz Wachstum die Arbeit weniger wird, aber für alle dasein soll, führt kein Weg an der Arbeitszeitverkürzung vorbei.“

Der Arbeitsmarkt muß sich, wie jeder andere Markt, eigentlich nach Angebot und Nachfrage richten, den einzigen ökonomischen Größen von Belang. Diese Größen gleichen sich auf normalen Märkten über Mengen und Preis aus. Am Arbeitsmarkt funktioniert die Regel nicht.

Dieser Markt ist von Interessengruppen monopolisiert, durch Gesetze, Vorurteile und politische Zwangshaltungen

sinkende Stundenlöhne aber werden sich die Gewerkschaften wehren. Zum einen beziehen sie ihre Beiträge von den Arbeitenden. Und zum anderen sind von sinkenden Löhnen die Arbeitgeber begünstigt. Zunächst jedenfalls.

Erst sehr viel später, wenn Arbeitskraft bei einer zunehmenden Zahl betrieblicher Vorgänge billiger wird als Kapitaleinsatz, kann die Beschäftigtenzahl steigen.

Die Wochenarbeitszeit ist in den letzten sieben Jahren nicht mehr gesunken. Über eine rasche und rabiate Arbeitszeitverkürzung – ohne vollen Lohnausgleich – will der Deutsche Gewerkschaftsbund deshalb bald beschließen. Bei den Unternehmensspitzen erzeugt diese Ankündigung wieder Endzeitstimmung.

Kohls Kabinett wollte es daher zunächst mit dem Einfrieren der Beamtengehälter im Bund, einem vorübergehen-